

# Europa unter Druck kaum erfüllbarer Erwartungen

## Deutsche EU-Präsidentschaft soll Verfassung aus dem Koma erwecken

fri. BRÜSSEL, 5. März. Die Mehrzahl der Bürger in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) erwartet von der noch bis Ende Juni dauernden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands nicht nur einen Ausweg aus der Verfassungskrise. Die Bundesregierung sollte in der für Ende März geplanten „Berliner Erklärung“, die die EU-Institutionen aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens der Römischen Verträge verabschieden wollen, über die Beschwörung gemeinsamer Werte hinausgehen sowie Leerformeln vermeiden. Dies geht aus Umfragen und Analysen von 29 europapolitischen Fragen spezialisierte Forschungsinstituten in den 27 EU-Mitgliedstaaten hervor. Im Mittelpunkt der vierten Ausgabe des „EU-25/27 Watch“ stehen neben der Verfassung und der Berliner Erklärung auch Einschätzungen zur Energiepolitik und zur Aufnahme-

fähigkeit der EU für weitere Mitglieder, das Verhältnis zu Russland und den EU-Nachbarstaaten.

Deutlich wird dabei: In den meisten EU-Ländern sind weder der Wiederbelebungsversuch des Vertrags über eine EU-Verfassung noch die „Berliner Erklärung“ Gegenstand öffentlicher Debatten. Dies ist kaum verwunderlich, gehören doch nur sechs der heute 27 EU-Länder zu den Unterzeichnern der Römischen Verträge. Hinzu kommt: Die Beratungen sowie die in der EU-Politik üblichen Verabredungen von Gegenleistungen für ein Entgegenkommen finden hinter verschlossenen Türen statt.

Die Analysen über die EU-Stimmung in den Ländern zeigen auch, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft immer schwerer tun, sich auf eine einheitliche europapolitische Position zu verständigen. Das

legt die Frage nahe, wie dies dann erst im Kreis der 27 gelingen soll. „Zu deutlich treten fundamentale Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Zielperspektive der europäischen Integration unter den Mitgliedstaaten zutage“, sagt Barbara Lippert vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Berlin.

Einen gemeinsamen Nenner haben die Länderberichte: Mit der Erweiterung auf 27 Staaten hat sich das Spektrum der Meinungen und Erwartungen der Bürger, Unternehmen und Politiker im Blick auf die EU genauso erhöht wie Forderungen nach Zusammenhalt und abgestimmtem gemeinschaftlichem Handeln auf mehr Politikfeldern. Nur wenn es unter deutscher Federführung gelinge, der Solidarität zwischen allen EU-Ländern abermals Schwungkraft zu verleihen, könne die Gemeinschaft auch wieder die Unterstützung ihrer Bürger gewinnen, schreibt die rumänische Wissenschaftlerin Gilda Truica in ihrem Länderbericht.













Trotz vieler europäischer und einzelstaatlicher Kampagnen, Zustimmung für das Gemeinschaftsprojekt zu erlangen, dominiere die Skepsis es in den meisten Berichten. In Österreich hätten die rechten Parteien ohne wirkungsvolle Gegenwehr anderer Politiker den Eindruck erwecken können, dass die EU-Mitgliedschaft der Alpenrepublik eine Hauptursache für die anhaltende Einwanderung, Globalisierung und zunehmende Arbeitslosigkeit und Kriminalität darstelle. In Frankreich nehme die Skepsis gegenüber Brüssel weiter zu. Die EU erscheine zunehmend gelähmt durch ihre Größe und Vielfalt. Einerseits richteten die Franzosen große Erwartungen an die EU, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und hohe soziale Standards zu sichern. Andererseits nehme die Zahl der Bürger und vor allem der Politiker zu, die erkennen, dass auch die EU nicht all das leisten könne, wozu die Länder allein schon längst nicht mehr in der Lage schienen.

Die Analysen zeigen auch, dass die EU mehr reaktiv als aktiv handelt. Fast jede Krise führt demnach zum Ruf nach mehr Europa. Gegenwärtig besonders laut ist der Ruf nach gemeinschaftlichem Handeln zur Sicherung der Energieversorgung. Vor allem die mittel- und osteuropäischen Länder erwarten von den EU-Partnern ein abgestimmtes starkes Auftreten gegenüber Russland – dem wichtigsten Energielieferanten. Doch stellt sich vielen Beobachtern die Frage, ob die „EU“ oder „Brüssel“ überhaupt über große Verhandlungsmacht verfügt, auch wenn 62 Prozent der Gasimporte und 53 Prozent der Ölausfuhr Russlands auf den EU-Binnenmarkt fließen.

### Frage: Würden Sie Ihren Job als zu anstrengend und stressig bezeichnen?

Umfrage im Winter 2006, Angaben der Ja-Stimmen in Prozent

#### Landesergebnisse

	Griechenland	70
	Portugal	55
	Schweden	54
	Italien	52
	Österreich	46
	Polen	43
	Europäische Union (25) <sup>1)</sup>	41
	Spanien	41
	Deutschland	39
	Frankreich	37
	Großbritannien	34
	Niederlande	24

	Ja-Stimmen	50 bis 100
		40 bis 49
		0 bis 39

<sup>1)</sup> Die 25 EU-Mitgliedstaaten vor dem 1. Januar 2007.

Quelle: Europäische Kommission Special Eurobarometer 273 „European Social Reality“/FAZ-Karte Levinger

Die Europäische Kommission will eine weitreichende Diskussion über das soziale Wohlbefinden der EU-Bürger in Gang bringen. Zu diesem Zweck hat sie ein bis Ende des Jahres laufendes Konsultationsverfahren gestartet. Es soll Aufschluss geben über die soziale Wirklichkeit und die Tendenzen in der europäischen Gesellschaft. „Die modernen Herausforderungen der Wettbewerbsfähigkeit wurden auf EU-Ebene bis ins Einzelne untersucht. Jetzt ist es an der Zeit, sich in gleicher Weise mit den sozialen Herausforderungen auseinanderzusetzen“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Politische Optionen sollten zwar nicht getestet werden, hieß es. Doch die Konsultationsergebnisse könnten in künftige politische In-

itiativen einfließen, beispielsweise in die für dieses Jahr geplante Überprüfung der Sozialagenda, erklärte die Kommission. Wie groß das Maß der gefühlten Unsicherheit bei Europas Bürgern ist, belegt eine gleichzeitig vorgelegte Eurostat-Umfrage. Danach fühlt sich ein Viertel der EU-Bürger von Armut bedroht. 62 Prozent glauben, dass jeder in seinem Leben einmal dieser Gefahr ausgesetzt sein könnte. Der Bericht „European Social Reality“ kann über das Internet abgerufen werden: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm). Mehr Informationen zur Konsultation und dem Bericht des Beratergremiums für europäische Politik: [http://ec.europa.eu/citizens\\_agenda/social\\_reality\\_stocktaking/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_stocktaking/index_de.htm).

Mehr Informationen über die Studie „EU-25/27 Watch“ erteilt Barbara Lippert, E-Mail: [barbara.lippert@iep-berlin.de](mailto:barbara.lippert@iep-berlin.de). Der 257 Seiten umfassende englischsprachige Text kann über das Internet abgerufen werden: <http://www.iep-berlin.de/>